#

Die Stadtverordnetenvorsteherin

StadtRödermark
natürlich, ganz nah dran

N i e d e r s c h r i f t

über die **22. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark**
(Sitzung Nr. 8/2013)
am Dienstag, 12.11.2013, um 19:30 Uhr
in Halle Urberach (Mehrzweckraum), Urberach

Anwesend sind:
Herr Roland Kern
Herr Jörg Rotter
Frau Sylvia Baumer
Frau Anna-Monika Gierszewski
Herr Hans-Peter Hente
Frau Karin Lühe von der
Herr Werner Popp
Herr Sven Sulzmann
Frau Brigitte Beldermann
Herr Michael Baumer
Herr Stefan Billing
Frau Liane Burkhard
Herr Reimund Butz
Herr Hans-Jürgen Daum
Frau Nina Daum
Frau Perihan Demirdöven
Herr Bernd Drescher
Frau Adrienne Erkelenz
Herr Michael Gensert
Herr Stefan Gerl
Herr Ralph Hartung
Herr Stefan Junge
Herr Franz Keck
Herr Horst-Peter Knapp
Herr Tobias Kruger
Herr Armin Lauer
Frau Christiane Lotz

Herr Friedhelm Mersmann
Herr Manfred Rädlein
Herr Dieter Rebel
Frau Maria Rebel-Krug
Frau Mona Reusch
Frau Hannelore Röhrig
Herr Karl Schäfer
Herr Gerhard Schickel
Herr Herbert Schneider
Herr Peter Schröder
Herr Michel Simon
Herr Michael Spieß
Herr Maximilian Steiger
Herr Hans Sulzmann
Herr Jochen Weiland
Herr Dr. Rüdiger Werner
Herr Jochen Zeller
Herr Engin Karadeniz
Frau Renate Naumann
Frau Susanne Morian
Herr Günter Bihn
Herr Thomas Mörsdorf

Es fehlen:

Herr Hidir Karademir	entschuldigt
Herr Norbert Schultheis	entschuldigt

Zuhörer: 25

Tagesordnung:

TOP 1	Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin
TOP 2	Mitteilungen des Magistrats
TOP 3	Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
TOP 4	Antragsrecht für Ausländerbeirat und Seniorenbeirat
TOP 4	Interfraktioneller Antrag: Änderung der Geschäftsordnung - Antragsrecht für den Ausländer- und Seniorenbeirat Vorlage: IFA/0273/13
TOP 5	Antrag der SPD-Fraktion: Grundsatzentscheidung über die Fortführung des Stadtbusses ab Dez. 2014 (Änderungsantrag) Vorlage: SPD/0266/13
TOP 5	Grundsatzentscheidung über die Fortführung des Stadtbusses ab Dezember 2014 -überarbeitete Version- (Bisherige Vorlage VO0/236/13) Vorlage: VO/0253/13
TOP 6	Beschluss zur Offenlegung des Bebauungsplanes "1.Änderung A 20.7 Erikastraße" Vorlage: VO/0245/13
TOP 7	Neufassung der Friedhofssatzung Vorlage: VO/0250/13
TOP 8	Grundstück Gemarkung Urberach Flur 7 Nr. 386, Erich-Kästner-Straße 38 Vorlage: VO/0221/13
TOP 9	Haushaltsplan 2014 Vorlage: VO/0246/13
TOP 10	Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion der Anderen Liste/Die Grünen: Möglichkeitsprüfung zur Gründung einer Bürgerbaugenossenschaft Vorlage: CAL/0255/13
TOP 11	Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler: "Einsparung der Personalstelle "Integrationsbeauftragte/-r" ab 2017" (Änderungsantrag) Vorlage: FFW/0272/13
TOP 12	Interfraktionelle Resolution der Stadtverordnetenversammlung LKW-Durchfahrtverbot in Urberach muss erhalten bleiben
TOP 13	Antrag der Stadtverordnetenvorsteherin: Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge von Urberach - Bahnhofstraße 39

Protokoll:

Die Stadtverordnetenvorsteherin eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 1 Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin

Die Stadtverordnetenvorsteherin Brigitte Beldermann stellt fest, dass folgende Stadtverordnete gegenüber dem Wahlleiter die Niederlegung ihres Amtes erklärt haben:

Fraktion Andere Liste/Die Grünen:
- Frau Anette Böffinger
- Herr Michael Uhe-Wilhelm
- Herr Eckhard von der Lühe

CDU-Fraktion:
- Frau Patricia Lips

Die Stadtverordnetenvorsteherin bedauert das Ausscheiden von Frau Böffinger und Frau Lips sowie den Herren Uhe-Wilhelm und von der Lühe aus diesem Gremium und bedankt sich noch einmal ganz herzlich für ihr Engagement zum Wohle der Bürger dieser Stadt.

Nächste Bewerberin bzw. Bewerber des Wahlvorschlages der Fraktion AL/Die Grünen sind:

- Frau Hannelore Röhrig
- Herr Michael Baumer
- Herr Karl Schäfer

Die Stadtverordnetenvorsteherin fragt, ob die anwesenden Nachrücker das Mandat annehmen. Diese stimmen zu.

Die Stadtverordnetenvorsteherin begrüßt die neuen Mandatsträger im Gremium der Stadtverordnetenversammlung und weist sie darauf hin, dass sie verpflichtet sind, an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teilzunehmen sowie Verschwiegenheit (§ 24 HGO) zu wahren. Bei Widerstreit der Interessen (§ 25 HGO) ist dies anzuzeigen und bei entsprechend zu behandelnden Punkten darf an Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen werden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt fest, dass es keine Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gibt und diese somit als genehmigt gilt.

Feststellung der Tagesordnung:

Im Ältestenrat wurden folgende Festlegungen getroffen:

Der Tagesordnungspunkt **TOP 8** soll unter **TO A** behandelt werden.
Des Weiteren wurde vereinbart, dass die Tagesordnungspunkte **TOP 6 und TOP 7** ohne Aussprache behandelt werden**.** Zu **TOP 4** wird ein interfraktioneller Antrag vorgelegt. Der Beschlussvorschlag zu **TOP 5** wird ergänzt. Der Antrag **TOP 11** wird modifiziert.

Der Stadtverordnete Gerl bittet um das Wort.
Er begründet die Vorlage einer interfraktionellen Resolution zur Aufhebung des LKW-Durchfahrtverbots in Urberach. Diese soll nachträglich auf die Tagesordnung genommen werden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Erweiterung der Tagesordnung, die mit 2/3 Mehrheit erfolgen muss, abstimmen:

Abstimmungsergebnis über TO A: einstimmig angenommen

Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

Somit wird die Resolution als **TOP 12** auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin bittet zusätzlich den Antrag **„Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge von Urberach“** auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung zu nehmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über auch diese Erweiterung der Tagesordnung, die mit 2/3 Mehrheit erfolgen muss, abstimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

Somit wird der Antrag als **TOP 13** auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über TO A abstimmen:

Abstimmungsergebnis zu TO A: einstimmig angenommen

Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

1. Mitteilung der Stadtverordnetenvorsteherin

Seit der letzten Stadtverordnetenversammlung gab es folgende Geburtstage:

14. Oktober	Hans-Peter Hente (69)
20. Oktober	Manfred Rädlein (66)
3. November	Bürgermeister Roland Kern (66)
4. November	Gerhard Schickel (57)
7. November	Adrienne Erkelenz (34)

Im Namen aller Stadtverordneten gratuliert die Stadtverordnetenvorsteherin nachträglich herzlich zum Geburtstag.

Auf den Tischen ausgelegt finden Sie vor:

- TOP 4 Antragsrecht für Ausländerbeirat und Seniorenbeirat
  Interfraktioneller Antrag

- TOP 5 Grundsatzentscheidung über die Fortführung des Stadtbusses ab Dezember 2014 -
  Ergänzter Beschlussvorschlag

- TOP 7 Neufassung der Friedhofssatzung
  Austauschseite zur Anlage

- TOP 11 Änderungsantrag der FDP-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler: „Einsparung der Personalstelle „Integrationsbeauftragte/-r ab 2014“

- TOP 12 Interfraktionelle Resolution „LKW-Durchfahrtverbot in Urberach muss erhalten bleiben.

- TOP 13 Antrag der Stadtverordnetenvorsteherin: Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge von Urberach - Bahnhofstr.39

- Sitzungskalender 2014.

Dieser wird den Stadtverordneten ebenfalls als PDF-Datei zugeschickt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft sodann TOP 2 auf.

zu 2 Mitteilungen des Magistrats

Die Mitteilungen des Magistrats sind dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

zu 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 4 Antragsrecht für Ausländerbeirat und Seniorenbeirat

zu 4 Interfraktioneller Antrag:
Änderung der Geschäftsordnung - Antragsrecht für den Ausländer- und Seniorenbeirat
Vorlage: IFA/0273/13

Nach ausführlichen Beratungen sowie nach Rücksprache mit dem Ausländerbeirat wurde ein interfraktioneller Antrag vorgelegt, Die Stadtverordnetenvorsteherin verliest den interfraktionellen Antrag.

1. **Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt das Vorschlagsrecht des Ausländerbeirates, wie es in der HGO festgelegt ist, sieht aber die Notwendigkeit, die Ausübung dieses Rechtes zu konkretisieren.**

2. **Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung eine konkretisierte Version der Geschäftsordnung/Hauptsatzung zur abschließenden Beschlussfassung vorzulegen.**

3. **In die Geschäftsordnung sind ebenso die Rechte des Seniorenbeirates nach den Vorgaben der HGO entsprechend aufzunehmen.**

Herr Karadeniz (Ausländerbeiratsvorsitzender) und Frau Naumann (Vorsitzende des Seniorenbeirates) nehmen hierzu kurz Stellung. Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt daraufhin hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig angenommen
Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

zu 5 Antrag der SPD-Fraktion: Grundsatzentscheidung über die Fortführung des Stadtbusses ab Dez. 2014 (Änderungsantrag)
Vorlage: SPD/0266/13

Bürgermeister Kern begründet den Antrag. Es folgen die Stellungnahmen der Fraktionen.
Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Dieser lautet wie folgt:

1. **Das Stadtbus-System Rödermark soll in geänderter Form fortgeführt werden.**
2. **Auf der Grundlage der in den Erläuterungen als Variante 2 bezeichneten Rahmenbedingungen wird der Magistrat beauftragt, ein Konzept für die erweiterte Linienführung zur Feinerschließung am Anfang und am Ende**

der sogenannten Stammstrecke zwischen den Bahnhöfen von Ober-Roden und Urberach zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung:	SPD
Ablehnung:	CDU, AL/Die Grünen , FDP, FWR
Enthaltung:	/

zu 5 Grundsatzentscheidung über die Fortführung des Stadtbusses ab Dezember 2014 -überarbeitete Version- (Bisherige Vorlage VO0/236/13)
Vorlage: VO/0253/13

Herr Junge bittet um wird abschnittweise Abstimmung. Der Beschlusstext lautet folgendermaßen:

Das Stadtbus-System Rödermark soll reduziert fortgeführt werden unter Berücksichtigung des Fahrgastaufkommens im Schülerverkehr als Linienverkehr für alle (Konzeptpapier IGDB vom 16.09.2013, S. 10 und 11). Daher ist ein neues Verkehrsangebot auf Basis der Variante 3 zu vereinbaren. Der jährliche Zuschussbedarf soll den Betrag von 106.000 € (inkl. Mehrwertsteuer) nicht übersteigen.
Mit der Variante 3, die schnellstmöglich umgesetzt werden soll, soll der Probebetrieb um 1 Jahr bis Ende 2015 verlängert werden.

Es erfolgt getrennte Abstimmung:

Abstimmungsergebnis zu (Satz 1-3): mit Stimmenmehrheit angenommen

Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, FDP(1x), FWR
Ablehnung:	SPD
Enthaltung:	FDP

Abstimmungsergebnis zu (Satz 4): einstimmig angenommen

Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP(1x), FWR
Ablehnung:	/
Enthaltung:	FDP (1x)

zu 6 Beschluss zur Offenlegung des Bebauungsplanes "1.Änderung A 20.7 Erikastraße"
Vorlage: VO/0245/13

Es wird ohne Aussprache abgestimmt. Die Vorlage des Magistrats hat den folgenden Wortlaut:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Bebauungsplanentwurf zu und beschließt die öffentliche Auslegung nebst Begründung gem. § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23.04.2004 (BGBl. I S. 2414) in der Zeit vom 29. November 2013 bis einschließlich 10. Januar 2014. In dieser Zeit erfolgt auch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Ober-Roden, Flur 20 Nr. 456/1 bis 456/14 sowie 455/1 (teilweise). Der räumliche Geltungsbereich kann einer Karte entnommen werden.
Zielsetzung der Änderung ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um an diesem standort eine Wohnanlage für Menschen mit geistiger Behinderung errichten zu können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 7 Neufassung der Friedhofssatzung
Vorlage: VO/0250/13

Die Beschlussfassung erfolgte ohne Aussprache. Der Beschluss lautet wie folgt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der „Friedhofssatzung der Stadt Rödermark“ gemäß dem vorgelegten Entwurf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 8 Grundstück Gemarkung Urberach Flur 7 Nr. 386, Erich-Kästner-Straße 38
Vorlage: VO/0221/13

Die Beschlussfassung erfolgte unter TO A.

Der Kaufpreis bei der Veräußerung von noch offenen Teilflächen aus dem Grundstück Gemarkung Urberach Flur 7 Nr. 386, Erich-Kästner-Straße 38, wird auf 270,00 €/qm inklusive Erschließungskosten festgesetzt.
Die Grundstücksteilflächen werden im Zuge des Sonderkonzeptes für junge Familien zu dem vergünstigten Kaufpreis angeboten. Die Förderrichtlinien sind entsprechend einzuhalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 9 Haushaltsplan 2014

Vorlage: VO/0246/13

Die Stadtverordnetenversammlung verweist den Entwurf des Haushaltsplanes 2014 zur Beratung in die Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig angenommen
Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

zu 10 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion der Anderen Liste/Die Grünen: Möglichkeitsprüfung zur Gründung einer Bürgerbaugenossenschaft
Vorlage: CAL/0255/13

Der Stadtverordnete Knapp begründet den Antrag. Es folgen die Stellungnahmen der übrigen Fraktionen. In der Folge lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den folgendermaßen lautenden Antrag abstimmen:

Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Leitbildprojektgruppen „Innenentwicklung Ortskerne“ zu prüfen, ob es Erfahrungswerte bereits erfolgreich arbeitender Bürgerbaugenossenschaften vergleichbarer Prägung gibt, wie diese aufgebaut sind (Beteiligung der Kommune oder rein privat?) und welche Möglichkeiten Rödermark hat, eine ähnliche Institution zu etablieren.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig angenommen
Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

zu 11 Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler: "Einsparung der Personalstelle "Integrationsbeauftragte/-r" ab 2017" (Änderungsantrag)
Vorlage: FFW/0272/13

Dr. Werner begründet den Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler. Bürgermeister Kern erläutert den Standpunkt des Magistrats. Es folgen die Stellungnahmen der übrigen Fraktionen. Hierauf lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag mit dem folgenden Wortlaut abstimmen.

Die Stelle der/des Integrationsbeauftragten erhält unverzüglich einen „kw“-Vermerk und bleibt nach dem Ablauf der verlängerten Befristung bis auf weiteren Beschluss der Stadtverordnetenversammlung unbesetzt.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: FDP, FWR
Ablehnung: CDU, AL/Die Grünen, SPD
Enthaltung: /

zu 12 Interfraktionelle Resolution der Stadtverordnetenversammlung: „LKW-Durchfahrtverbot in Urberach muss erhalten bleiben“

Der Stadtverordnete Schickel und der Erste Stadtrat Rotter begründen die Resolution.
Diese ist der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt angehängt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: /

zu 13 Antrag der Stadtverordnetenvorsteherin: Gedenktafel an der ehemaligen Synagoge von Urberach - Bahnhofstraße 39

Die Stadtverordnetenvorsteherin begründet den Antrag. Es folgt eine Stellungnahme des Stadtverordneten Knapp und eine Information des Bürgermeisters zur Bereitschaft des Eigentümers eine solche Gedenktafel anbringen zu wollen. Hierauf wird über den Antrag mit dem folgenden Wortlaut abgestimmt:

Der Magistrat wird gebeten, im Einvernehmen mit dem Eigentümer der Liegenschaft, am Gebäude der ehemaligen Synagoge Bahnhofstraße 39 eine Gedenktafel aus Bronze anzubringen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Ende der Sitzung: 22:10 Uhr

Für die Richtigkeit:

Susanne Morian
Schriftführerin

Brigitte Beldermann
Stadtverordnetenvorsteherin

Für die Ausfertigung:

Yvonne van Baal